

<b>Ausschuss „Migration“ der Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 5. Sitzung</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag <b>31.05.2017</b>	Sitzungsbeginn <b>14:30 Uhr</b>	Sitzungsende <b>16:11 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Senatorin für Kinder und Bildung, Raum 122</b>

### **Teilnehmer/innen:**

---

siehe Anwesenheitsliste

### **Tagesordnung:**

---

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 4. Sitzung vom 22.02.2017 (Anlage 1)

TOP 3 Aktuelle Situation der Beschulung von Flüchtlingen und zugewanderten Kindern und Jugendlichen unter dem Aspekt der regionalen Verteilung (Anlage 2 und mündlicher Bericht, SKB)

TOP 4 Verschiedenes

Frau Vogt (Die Linke) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 4. Sitzung vom 22.02.2017**

---

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

### **TOP 3 Aktuelle Situation der Beschulung von Flüchtlingen und zugewanderten Kindern und Jugendlichen unter dem Aspekt der regionalen Verteilung**

---

Frau Ehsasian (SKB) stellt sich kurz vor. Sie berichtet von der aktuellen Situation, stellt die Zugangszahlen vor und nimmt Bezug auf die regionale Verteilung der Flüchtlinge und zugewanderten Kinder und Jugendlichen. Zudem gibt Frau Ehsasian Auskünfte zur bedarfsorientierten Beschulung in der Sekundarstufe I in Form der Abschlussklassen und der Beschulung in Übergangwohnheimen im Rahmen des Hauslehrermodells.

Es gibt Fragen und Diskussionen zu einzelnen Punkten.

### Abschlussklassen:

Frau Ehsasian erläutert, dass im Rahmen der hohen Zugangszahlen in 2016 eine Notbeschulung notwendig war, die mittlerweile aufgelöst wurde. An den Schulstandorten, an denen zwei Vorkurse existierten, erfolgte die Umwandlung eines Vorkurses in eine Abschlussklasse für all jene Schülerinnen und Schüler, die spät zugewandert sind. Aktuell gibt es sieben Abschlussklassen verteilt auf Oberschulen und Gymnasien in allen Regionen Bremens. Die Jugendlichen dieser Abschlussklassen verweilen zwei Jahre im Vorkurs und werden gezielt und mithilfe sprachsensiblen Fachunterrichts auf die Schulabschlüsse der Einfachen Berufsbildungsreife, Erweiterten Berufsbildungsreife und den Mittleren Schulabschluss vorbereitet. Die Schulen sollen selbst entscheiden, welche Schülerinnen und Schüler für diese Abschlussklassen geeignet sind.

Frau Vogt erkundigt sich nach dem Verfahren, in dem die Überprüfung der Alphabetisierung und des Lern- und Sprachstands erfolgt.

Frau Ehsasian erläutert kurz den 5-Punkte-Plan und die möglichen telefonischen und persönlichen Anlaufstellen bei der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB). Die notwendigen Formulare sind in mehreren Sprachen verfügbar und das Screening kann sowohl von der SKB als auch von den Schulen erfolgen.

Herr Grönegreß (Schulleiter der Allgemeinbildenden Berufsschule) wünscht sich eine engere Kooperation mit dem berufsbildenden Bereich, da vor allem dort die Anschlussperspektiven für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I liegen.

Herr Huesmann (SKB) teilt mit, dass ein Curriculum für die Abschlussklassen erarbeitet wird, um die Schnittmengen zum berufsbildenden Bereich zu schließen.

Herr Nelson (SKB) ergänzt, dass die Berufsorientierungskräfte (BO- Kräfte) an den weiterführenden Schulen mit dem berufsbildenden Bereich kooperieren. Eine einzelfallbezogene Betrachtung der Jugendlichen der Abschlussklassen ist möglich. Für die Arbeit der BO-Kräfte gibt es jeweils vier Entlastungsstunden.

Herr Brumma (SKB) teilt mit, dass ein regelmäßiger Austausch der Vorkurslehrkräfte in Arbeitsgruppen sowie über die Internetplattform „it's learning“ stattfindet.

### Alphabetisierung:

Frau Yildiz (Bündnis 90/ Die Grünen) erkundigt sich nach dem Umgang mit zugewanderten Schülerinnen und Schülern, die nicht in lateinischer Schrift alphabetisiert sind. Vielen reiche eine einjährige Förderung in den Vorkursen nicht aus.

Frau Ehsasian gibt an, dass Alphabetisierungskurse eingerichtet wurden. Die Verweildauer in diesen Kursen dauert ein Jahr, im Anschluss daran erfolgt die einjährige Förderung in

den regulären Vorkursen mit einer möglichen zusätzlichen Anschlussförderung im Rahmen des Regelunterrichts.

Herr Brumma ergänzt, dass es im berufsbildenden Bereich ebenfalls eine bis zu dreijährige Förderzeit gibt.

Frau Vogt regt an auch im Grundschulbereich Alphabetisierungskurse aufzubauen, da es im Übergang von Jahrgang 4 nach 5 zum Teil schwierig werde für Schülerinnen und Schüler, die nicht in lateinischer Schrift alphabetisiert wurden.

Frau Ehsasian teilt mit, dass verlängerte Vorkurszeiten in der Grundschule möglich sind, um die Alphabetisierung zu erleichtern. Die Anregung von Frau Vogt wird an den Fachbereich weitergeleitet.

### Regionale Verteilung, Zuweisung, Übergangswohnheime

Frau Vogt erkundigt sich nach der wohnortnahen Beschulung und den Kriterien. Sie benennt ein Praxisbeispiel, wonach eine wohnortnahe Beschulung im Vorkurs nicht stattfindet.

Frau Ehsasian betont das primäre Ziel der wohnortnahen Beschulung. Nach dem Aufenthalt im Übergangswohnheim kann es sein, dass mehrere Umzüge der einzelnen Familien unvermeidbar sind. Weite Wege sollen in jedem Fall vermieden werden. Die Vorkursbeschulung dauert im Regelfall ein Jahr und Kinderwünsche sollen bei einem notwendigen Schulwechsel nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Zum Teil ist es auch Wunsch der Familien, die Beschulung an den vorherigen Wohnorten der Kinder fortzuführen.

Frau Vogt nimmt Bezug auf eine geplante Bundesratsinitiative, die Verweildauer in Übergangswohnheimen auf zwei Jahre verlängern zu wollen. Sie fragt nach, wie in diesem Fall damit umgegangen wird, wenn die Übergangswohnheime mehr Personen aufnehmen müssen, beispielsweise im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkans.

Frau Ehsasian antwortet, dass es derzeit 34 Übergangswohnheime in Bremen gibt, von denen 5 Aufnahmeeinrichtungen vom Land Bremen betrieben werden. Das Bremer Vulkangebäude kann bis zu 700 Personen aufnehmen.

Die Zahl der Familienzusammenführungen nimmt stetig zu. Um Wohnungsnot zu vermeiden, werden die Kinder aus Großfamilien in Übergangswohnheimen aufgenommen. Zur kurzzeitigen Beschulung dieser Kinder wird auf das Hauslehrermodell zurückgegriffen. In Bremen-Nord ist der Bedarf an Vorkursen aufgrund der dortigen hohen Zugangszahlen stark gestiegen.

Herr Huesmann teilt mit, dass bei einer entsprechenden Gesetzesänderung zur längeren Verweildauer in Übergangswohnheimen andere Maßnahmen zu entwickeln wären. Das

Hauslehrermodell ist nur für eine kurzzeitige Beschulung der Kinder und Jugendlichen in den Übergangwohnheimen angedacht.

Frau Vogt geht auf die zu erwartenden Zugangszahlen weiterer Flüchtlinge im Rahmen der Familienzusammenführungen ein. Laut Prognose des Senators für Inneres wird im Jahr 2017 mit einem Zuzug von bis zu 2.600 Menschen, darunter bis zu 1.500 Jugendliche, gerechnet. Die Anmietung von Wohnraum durch zugewanderte Menschen ist vorrangig in bestimmten Stadtteilen zu verzeichnen, die über günstigen Wohnraum verfügen. Wie werde angesichts dieser Entwicklung mit den Kapazitäten umgegangen, wenn die Bedarfe zu groß werden für die einzelnen Schulen?

Herr Huesmann geht näher darauf ein. Zu unterscheiden ist hierbei zum Einen der Zuzug der Flüchtlinge und zum Anderen die demographische Entwicklung im Land Bremen. Für den Zeitraum von 2020- 2030 wird ein hoher Bedarf an Schulplätzen prognostiziert. Schwierig sei die Lage wegen des nicht proportionalen Anstiegs vor allem in den 2., 3. und 8. Jahrgängen. Die SKB befindet sich derzeit in Gesprächen mit den Schulen.

Herr Thiele (SKB) ergänzt, dass die Kapazitäten im 5. Jahrgang gedeckelt sind. Die räumlichen Kapazitäten an den Schulen sind nahezu ausgeschöpft. Hier sind Überlegungen anzustellen, was sinnvoll erscheint. Sei es die Erhöhung der Klassenverbände oder Erhöhung der Schülerzahlen pro Klasse und Aufstockung der Lehrerwochenstunden.

Insbesondere in Bremen-Nord sind die Kapazitäten ausgeschöpft und es bleibt zu klären, wie politisch nachgesteuert werden könne. Mit dem Liegenschaftsreferat der SKB und im Austausch mit den einzelnen Schulen wird gemeinsam beraten, wie die Kapazitäten und der bauliche Bestand pro Schule aussehen und wie es perspektivisch bis 2020- 2030 weitergehen kann. Ein Gesamtkonzept soll erstellt werden.

Herr Huesmann verdeutlicht, dass es darum gehe, die baulichen Kapazitäten zu schaffen und gleichzeitig die Qualität der Beschulung sicherzustellen.

Frau Vogt stellt heraus, dass die Ursache hierfür in der fehlenden städtebaulichen Entwicklung liege für die das Bildungsressort nicht verantwortlich sei. In diesem Ausschuss könne zu Standortfragen der Schulen und über Lösungen für den steigenden Fachkräftemangel diskutiert werden. Es muss außerdem über die Entlastung der Lehrkräfte gesprochen werden.

Herr Nowack (Ortsamtsleiter Blumenthal) weist darauf hin, dass durch den vermehrten Zuzug von Großfamilien im Stadtteil Blumenthal das größte Bevölkerungswachstum seit 20 Jahren erreicht wurde. Es wird darauf hingewiesen, dass vermehrt Kinder eingeschult werden, die keine Kindertageseinrichtung besucht haben. Die Schulen seien durch fehlende

Lehrkräfte und Räumlichkeiten belastet. Er bittet um den Ausbau des Ganztags und um Lösungen, wie der beschriebenen Entwicklung Rechnung getragen werden könne.

Frau Ehsasian weist darauf hin, dass die Kinder, die nach März 2017 zugewandert sind, nicht mehr in Kindertageseinrichtungen aufgenommen werden konnten. Für diese 162 Kinder, die keine Kita besucht haben und im August eingeschult werden, wird es ein Sprachsommercamp geben, in dem erste Deutschkenntnisse erworben werden sollen, um den Kindern den Übergang in die Grundschule zu erleichtern.

Herr Huesmann unterstreicht, dass es sich um eine kompensatorische Maßnahme handelt. Die beschriebene Situation des vermehrten Zuzugs in Blumenthal sei kein bildungspolitisches Problem, sondern ist der Ballung freistehender Wohnungen in einzelnen Stadtteilen geschuldet. Im Bildungsbereich könne lediglich eine Abfederung der Problemlagen erfolgen. Es seien baupolitische und andere Steuerungsinstrumente gefordert, um die Situation in den Stadtteilen grundlegend zu ändern.

Frau Vogt fragt nach, wie darauf reagiert werden soll, wenn die Schulen die Kapazitätsgrenzen überschreiten. Werde in diesem Fall weiterhin eine wohnortnahe Beschulung priorisiert?

Frau Ehsasian ist der Ansicht, dass eine wohnortnahe Beschulung ein wichtiger Bestandteil der Integration in dem bewohnten Stadtteil darstelle.

Frau Vogt sorgt sich um die Situation einiger Schulen in den Stadtteilen, die erhöhte Zugangszahlen verzeichnen. Sie erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen. Sie sieht die Verteilungsgerechtigkeit der Integrationsaufgaben auf alle Stadtteile Bremens als wichtiges Ziel.

Herr Huesmann teilt mit, dass nach der Sommerpause konkrete Zuwanderungszahlen vom Landesamt und Einwohnermeldeamt vorliegen werden und anhand dessen Näheres zu den Kapazitäten und dem notwendigen Ausbau der Schulen in der Deputation für Kinder und Bildung vorgestellt werden soll.

Herr Huesmann unterbreitet den Vorschlag, die Zahlen in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Migration der Deputation für Kinder und Bildung am 30.08.2017 vorzustellen.

Diesem Vorschlag stimmen alle Deputierten zu.

#### **Top 4 Verschiedenes**

---

Es gibt keine Anmeldungen unter Verschiedenes.

Frau Vogt schließt die Sitzung um 16.11 Uhr.

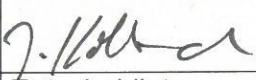
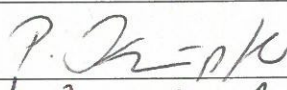
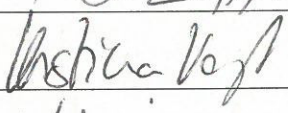
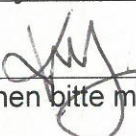
---

gez. Jäger  
Protokollantin

### Anwesenheitsliste

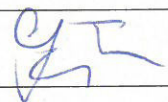

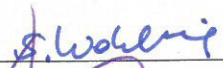

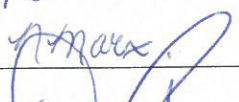
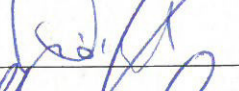
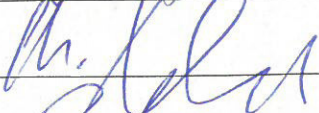
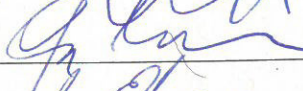

Ausschuss Migration der Deputation für Kinder und Bildung  
5. Sitzung, 19. LP

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
31.05.2017	14:30 Uhr		SKB, Raum 122

Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift *)
Catharina Hanke	
Julie Kohlrausch	
Monika Peters	Entschuldigt
Helmut Weigelt Pitro Kämpfe	
Kristina Vogt	
Kebire Yildiz	

\*) Vertretende Teilnehmer/innen bitte mit i.V. unterschreiben

#### Behörde / Gäste

Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
Garden Thiele (Stet)			
Katrin Hütter (FB-5)			
Sibylle Wohlfühl (PR-5)			
Peter Kowack			
Nicole Marx			
Frank Brönegge			
M. Hrasman			
Nelvan			
S. Chasale			
S. Jäger	